

Berlin, 21. Januar 2010

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Geschäftsstelle / Office:  
Anklamer Straße 38  
D-10115 Berlin  
fon: ++49 – (0)30 – 443270-0  
fax: ++49 – (0)30 – 443270-22  
geschaeftsstelle@djb.de  
<http://www.djb.de>

**Sag mir, wo die Frauen sind ...**

**Aktion „Hauptversammlungen: Aktionärinnen fordern ein!“ startet am 21. Januar 2010 und wird in über 70 Hauptversammlungen von DAX-Unternehmen durchgeführt**

Auf der Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG am 21. Januar 2010 werden Jutta Wagner, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbunds (djB), sowie Mechtild Düsing, Rechtsanwältin und Notarin, vom aktienrechtlichen Auskunftsrecht Gebrauch machen und von den Mitgliedern des Vorstands und Aufsichtsrats konkret Auskunft verlangen, warum trotz der Vorgaben im Deutschen Corporate Governance Kodex und anderweitigen Bekundungen aus den Unternehmen der Frauenanteil bei den Aufsichtsratsmandaten der Anteilseigner sich immer noch nicht wesentlich erhöht hat.

Das ist erst der Anfang:

Zahlreiche Mitglieder des djB werden an über 70 Hauptversammlungen der größten deutschen Unternehmen teilnehmen und von ihrem Auskunftsrecht als Aktionärinnen Gebrauch machen. Sie wollen genau wissen, welche Bemühungen das Unternehmen unternommen hat und unternommen wird, um Vorstand und Aufsichtsrat mit Frauen zu besetzen.

Trotz der Appelle an die Wirtschaft, endlich die „gläserne Decke“ zu beseitigen, und der Verabschiedung gesetzlicher Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, bleibt die Beteiligung von Frauen an Führungspositionen in der Wirtschaft auf einem unakzeptablen, niedrigen Level.

Zur nachhaltigen Veränderung dieser Situation, fordern wir die Verabschiedung einer gesetzlichen Mindestanteilsregelung von 40% bei der Besetzung von Aufsichtsräten.

Um der Forderung nach mehr Frauen in Aufsichtsräten Nachdruck zu verleihen, startet der djB in Zusammenarbeit mit "Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) e.V." und der ARGE Anwältinnen im Deutschen Anwaltverein die „Aktion Hauptversammlungen: Aktionärinnen fordern ein!“.

Die Aktion wird gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend